

Gegenstand: Information zum Prüfantrag der SPD-Stadtratsfraktion (Vorlage 1457/2023) zum ehrenamtlichen "Nachtbürgermeister" für Speyer

Die Vorsitzende erinnert daran, dass der Stadtrat in seiner Sitzung vom 27.4.2023 den o.g. Prüfantrag beschlossen hat und in diesem Zusammenhang vorgeschlagen wurde, einen aktiven Nachtbürgermeister einzuladen, der über seine Arbeit berichtet. Sie begrüßt Robert Gaa, den Nachtbürgermeister von Mannheim, der seine Arbeit anhand der dem Protokoll beigefügten Präsentation vorstellt.

Der Referent berichtet vorab, dass es deutschlandweit inzwischen in 13 Städten sogenannte Nachtbürgermeister gibt, wobei viele Städte sich mittlerweile dafür entschieden haben der Stelle einen anderen Namen zu geben. Da ein Bürgermeister in der Regel ein gewähltes Amt innehat, führte diese Bezeichnung häufig zu Irritationen. Gängige Titel sind nun ebenfalls Nachtbeauftragter oder Koordinierungsstelle Nachtleben.

Typischerweise ist der Nachtbürgermeister Angestellter seiner Stadt und dort entweder in der Wirtschaftsförderung oder im Kulturamt verortet; in Stuttgart gibt es sogar eine Doppelspitze, die in beiden Bereichen angesiedelt ist. In Koblenz und Mainz sind die Nachkulturbeauftragten im Ehrenamt tätig. Herr Gaa selbst ist bei einer 100%igen Tochtergesellschaft der Stadt Mannheim angestellt.

Alle Nachtbürgermeister haben sich in der Interessengemeinschaft IG Nacht Konsil zusammengeschlossen, um sich gegenseitig auszutauschen.

Die Arbeit des Nachtbürgermeisters basiert auf drei Säulen:

- (1) Strukturelle & Nachhaltige Stärkung der Nachtkultur
- (2) Moderation & Mediation für ein besseres Verständnis
- (3) Schaffung neuer Impulse für das Nachtleben.

Er agiert als neutrales Bindeglied zwischen den drei Interessengruppen Betriebe & Veranstalter, Verwaltung & Behörden sowie Anwohnende & Gäste.

Herr Gaa stellt fest, dass das Hauptproblem grundsätzlich ist, dass die Menschen bzw. Interessengruppen nicht miteinander sprechen.

Die Mitglieder des Ausschusses bedanken sich für die Einblicke in die Arbeit des Nachtbürgermeisters und äußern ihre unterschiedlichen Gedanken dazu.

Petra Fischer-Wolfert (Die Grünen) hält die Implementierung eines Nachtbürgermeisters für eine gute Idee, um das Nachtleben wieder zu wecken. Maria Franz (SWG) hingegen findet eine solche Stelle ohne eine bestehende Nachtkultur für unnötig.

Floris Wittner (Die Linke) fragt an, ob sich der Erfolg in Neugründungen messen lässt. Herr Gaa berichtet, dass in Mannheim keine neuen Clubs zu verzeichnen sind, wohingegen zahlreiche Freiflächen belebt und bespielt werden konnten. Er unterstreicht, dass eine Veränderung nur möglich ist, wenn die Stadt diese auch will und mitträgt.

Henri Franck (SPD) findet, dass der Bericht verdeutlicht, dass eine solche Stelle Chancen für eine Stadt eröffnet. Er gibt jedoch auch zu bedenken, dass vorab analysiert werden muss, was damit bezweckt werden soll.

Helmut Stickl (Die Grünen) äußert sich ähnlich und fordert, dass zunächst definiert wird, was das oftmals geäußerte fehlende Nachtleben ist.

Die Fachbereichsleiterin hakt nochmals beim Referenten nach, ob er eine Einschätzung dazu geben kann, ob die Funktion auch – wie im Prüfantrag der SPD-Stadtratsfraktion formuliert – im Ehrenamt wahrgenommen werden kann. Der Referent berichtet, dass es zwar mit Mainz und Koblenz zwei Städte gibt, in denen zwei Ehrenamtliche tätig sind, die Praxis jedoch zeigt, dass es sich um einen Vollzeitjob handelt und man im Ehrenamt zeitlich und inhaltlich schnell an die Grenze des Möglichen stößt. Seiner Einschätzung nach ist eine Doppelspitze mit zwei Festangestellten die beste Lösung.

Die Vorsitzende bedankt sich nochmals für die informativen Einblicke und verweist auf weitere erforderliche Beratungen zu diesem Thema.

Gegenstand: Skulpturengarten; Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion vom 27.01.2023
[Vorlage: 1699/2023](#)

Die Vorsitzende fragt die antragstellende Fraktion, ob sie etwas zum vorliegenden Antrag sagen möchte.

Martina Queisser (SPD) berichtet von einem Gespräch mit dem Künstler Fred Feuerstein, in dem er bedauert hat, dass sein Kunstwerk nicht mehr zugänglich ist und er den Wunsch hat, dass dieses in den Domgarten übersiedelt wird. Bezüglich der Kosten hat er bereits mit Herrn Prof. Dr. Dr. Eichhorn gesprochen, der eine Unterstützung seitens der Kulturstiftung zugesagt hat. Da der Zustand des Skulpturengartens und insbesondere auch die Umsetzung des Obelisken bereits in mehreren Sitzungen dieses Ausschusses Thema war, hat sich die Fraktion zu dieser Anfrage entschlossen.

Die Vorsitzende beantwortet die im Antrag formulierten Fragen einzeln:

1. Die Verwaltung hat der IBF insgesamt 4 Stellplätze im Bereich des ehemaligen Stiftungskrankenhauses als Ersatz angeboten. Dieses Angebot wurde bisher weder angenommen noch umgesetzt. Derzeit wird fachbereichsübergreifend an der Umsetzung dieser Lösung gearbeitet.
2. Eine Überplanung ist erst möglich, wenn die Parkplatzsituation gelöst ist. Insofern liegen derzeit noch keine vertiefenden Planungen vor.
3. Einen konkreten Zeitplan gibt es aktuell nicht, die Stadtverwaltung strebt allerdings die Ausweisung eines neuen Fördergebietes südlich der Maximilianstraße bis zur Klipfelsau (in der Nachfolge des Stadtumbaugebietes „Kernstadt Nord“) an. Die notwendigen sogenannten „Vorbereitenden Untersuchungen“ sollen hierzu im kommenden Jahr angestoßen werden, erste Abstimmungen mit Vertretern der Förderbehörde fanden bereits in diesem Sommer statt. Die Verwaltung schlägt vor, die Neugestaltung des Skulpturengartens als Teil dieses Förderprojektes zu initiieren und baulich umzusetzen.
4. Der FB 3 steht in regelmäßigem Kontakt mit Fred Feuerstein. Der Wunsch des Künstlers das Kunstwerk an einen öffentlichen Platz (St. Guido-Stifts-Platz) oder eine Parkanlage (Domgarten) ist der Verwaltung bekannt. Hierzu wäre als erster Schritt eine Untersuchung zur Standortverlagerung notwendig, da diese aufgrund des Gewichts des Obelisken (ca. 2t) nicht überallhin möglich und sie vor allem mit hohen Kosten verbunden ist. Die Kosten für den erforderlichen hubstarken Kran werden auf über 3.500 Euro geschätzt, die derzeit im kommunalen Haushalt nicht vorgesehen sind.

Holger Grimm (CDU), ebenfalls Mitglied des Künstlerbundes, ergänzt, dass das Kunstwerk von Fred Feuerstein nicht für jede beliebige Stelle geeignet ist, da bei der Installation des Skulpturengartens konzeptionelle Überlegungen des Künstlers eine Rolle für den aktuellen Standort eine Rolle spielen. Weiterhin ergänzt er, dass zu den genannten Kosten für den Kran zusätzlich Kosten für den Ab- und Aufbau (neues Fundament etc.) einkalkuliert werden müssen und dass der Künstler selbst Eigentümer ist.

Maria Franz (SWG) fragt an, ob eine Art Sichtfenster eine einfache und kostengünstige Lösung darstellen könnte. Die Vorsitzende verneint dies mit Blick auf die örtlichen Gegebenheiten.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: **Machbarkeitsstudie für ein UNESCO Besuchszentrum der Stadt Speyer und des Domkapitels**
[Vorlage: 1692/2023](#)

Die Vorsitzende übergibt das Wort an die Fachbereichsleiterin Tanja Binder, die bereits in der vergangenen Woche im Tourismusausschuss über den Sachstand berichtet hat.

Stadt Speyer, Domkapitel, GDKE und ICOMOS befürworten alle einhellig ein gemeinsames Besuchszentrum von Stadt und Dom, um die einmalige und außerordentliche Chance zu nutzen, die Geschichte der christlichen und jüdischen Bevölkerung in Speyer darin zu erzählen, da beide Welterbe-Stätten historisch eng miteinander verbunden sind.

In den letzten Monaten wurden in FB 3 die Bedarfe von Stadt und Dom erarbeitet und Abstimmungsgespräche geführt. Die Empfehlungen der GDKE und ICOMOS Monitore wurden ebenfalls aufgenommen. Gleichzeitig hat der FB 5 eine Standortvoruntersuchung erstellt. Von anfangs elf Standorten wurden sieben genauer untersucht und weiterverfolgt.

In Gesprächen zwischen Stadt und Dom sowie der GDKE haben sich vier Standorte als Favoriten herauskristallisiert, für die nun eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden soll.

Die Beschlussvorlage dient heute als Information. Sie geht am 8.11. in den ASBK, der eine Empfehlung abgeben wird, und zum finalen Beschluss dann am 16.11. in den Stadtrat. Wenn dieser zustimmt, werden gemeinsam mit der GDKE Büros ausgewählt, die man für eine Durchführung als geeignet betrachtet, und Kriterien festgelegt, die die Welterbe-Verträglichkeit aller Standorte sichern sollen.

Durchgeführt werden soll die Machbarkeitsstudie 2024. Ihre Kosten werden auf 30.000 Euro geschätzt, wovon das Domkapitel 10.000 Euro übernehmen wird.

Bürgermeisterin Monika Kabs bestätigt, dass sich in den Austauschgesprächen gezeigt hat, dass die Interessen von Stadt und Domkapitel nah beieinanderliegen.

Maria Franz (SWG) findet die Idee, bestehende Standorte zu nutzen, toll und spricht sich insbesondere für die Maximilianstraße 99 aus. Martina Queisser (SPD) und die Vorsitzende unterstreichen, dass es nicht um die vier genannten Standorte, sondern um die Machbarkeitsstudie geht.

Helmut Stickl (Die Grünen) ergänzt, dass eine Beurteilung der Standorte ohne die Machbarkeitsstudie gar nicht möglich ist. Allerdings findet er den Zeitraum bis zur Realisierung des Besuchszentrums von 10 Jahren erschreckend. Die Vorsitzende erläutert die in der Anlage 2 – Konzeptskizze Besuchszentrum enthaltene Zeitschiene nochmals, die durchaus realistisch ist und eben diese Zeit benötigt. Sie ergänzt, dass die ehemaligen Wohnräume in der Kleinen Pfaffengasse als Interims-Lösung hergerichtet werden, um übergangsweise bis zur Realisierung des finalen Besuchszentrums, ein Angebot vorhalten zu können.

Holger Grimm (CDU) äußert sich positiv zum geplanten Vorgehen, gibt jedoch zu bedenken, dass nicht nur Bau-, sondern auch Betriebskosten anfallen werden. Die Fachbereichsleiterin bestätigt, dass auch die Betriebskosten in den Bedarfslisten aufgeführt und in der Machbarkeitsstudie Berücksichtigung finden.

Helmut Stickl (Die Grünen) fragt nach wie die Kostenaufteilung zwischen Stadt und Domkapitel im Verhältnis 2:1 zustande kommt. Die Vorsitzende antwortet, dass die Stadt froh sei, dass sich das Domkapitel für ein gemeinsames Besuchszentrum und die Machbarkeitsstudie ausgesprochen hat, unabhängig von der Höhe der Kostenübernahme. Die Fachbereichsleiterin ergänzt, dass beim Land eine Förderung beantragt werden soll, um den städtischen Anteil zu reduzieren.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

Gegenstand: Verteilung der Kulturfördermittel 2024
[Vorlage: 1693/2023](#)

Die Vorsitzende stellt den Vorschlag zur Verteilung der Kulturfördermittel 2024 vor.

Die Leiterin des Kulturbüros ergänzt, dass der Antrag Nr. 9 zurückgezogen wurde, da das Projekt in Zusammenarbeit mit den SchUM-Stätten erst im Jahr 2025 umgesetzt werden kann. Damit reduziert sich die Gesamtsumme der Projektfördermittel auf 17.700 Euro und es verbleiben Mittel in Höhe von 8.600 Euro.

Holger Grimm (CDU) fragt nach, ob die Mittel nicht bereits 2024 für die Projektvorbereitung benötigt werden. Dies ist nicht der Fall, da die Kosten insbesondere durch die um ein Jahr verschobene Aufführung zustande kommen.

Floris Wittner (Die Linke) erkundigt sich, wann der Maximalbetrag für die Projektförderung festgelegt wurde und ob eine Erhöhung möglich sei, da die Mittel nicht ausgeschöpft werden und die Kosten durch die Inflation deutlich gestiegen sind. Anke Illg verweist auf die in diesem Ausschuss am 29.6.2020 beschlossenen Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung des kulturellen Lebens der Stadt Speyer, in der die Beträge festgelegt sind. In der nächsten Sitzung des Kulturausschusses sollen Anpassungen an den Richtlinien vorgenommen werden, da es bei der Umsetzung in der Praxis an der ein oder anderen Stelle zu Problemen kam. In diesem Zusammenhang kann auch über eine Erhöhung des Maximalbetrags für die Projektförderung diskutiert werden.

Beschluss:

Der Kulturausschuss stimmt der Vorlage der Verwaltung – unter Berücksichtigung der sich nachträglich ergebenden Änderung – einstimmig zu und empfiehlt die anteilige Verteilung der Basis- und Projektfördermittel im Jahr 2024 in Höhe von 23.400 Euro. Die verbleibenden Kulturfördermittel in Höhe von 8.600 Euro sollen ausnahmsweise in einer zweiten Förderrunde in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses (Frühjahr 2024) verteilt werden. Die Verwaltung wird die Kulturschaffenden darüber informieren.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: **Veranstaltungsplanung 2024**
[Vorlage: 1694/2023](#)

Die Vorsitzende übergibt das Wort zur Erläuterung der Veranstaltungsübersicht an die Leiterin des Kulturbüros Anke Illg. Diese informiert über eine wichtige Änderung im Vergleich zur Vorlage: Die Kult(o)urnacht findet nicht wie ursprünglich geplant am 14. sondern am 21. Juni 2024 statt. Grund ist das Eröffnungsspiel der Fußball-EM mit deutscher Beteiligung als Gastgeber am 14. Juni.

Weiterhin ergänz Anke Illg zwei zusätzlich feststehende Termine im Rahmen der Reihe „Speyer.LIT“ und berichtet, dass die Termine der Reihe „Konzert am Nachmittag“ noch in Planung sind. Die aktualisierte Terminübersicht ist dem Protokoll beigefügt.

Herr Wittner (Die Linke) fragt, wer Veranstalter der einzelnen Reihen ist, da das nicht aus der Vorlage hervorgeht. Anke Illg erläutert, dass das Kulturbüro (Mit-)Veranstalter aller genannten Termine ist. Einzige Ausnahme stellt das Musikfest Speyer dar, das bis 2020 in Kooperation mit der Deutschen Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz durchgeführt wurde und seither aus steuerrechtlichen Gründen nur noch bezuschusst bzw. personell unterstützt wird.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Die Vorsitzende informiert darüber, dass das Kulturbüro inzwischen als Veranstalter für den Kulturpass registriert ist, die Handhabung für Veranstalter sehr umständlich, zeitintensiv und unübersichtlich ist. Unbekannt ist leider wie die Angebote für Jugendliche dargestellt werden bzw. wie die Tickets dann aussehen. Aktuelles im Angebot ist die Sonderausstellung "Freundespaare der Moderne" im Museum Purrmann-Haus, künftig sollen alle Veranstaltungsreihen des Kulturbüros (Speyer.Lit, Jazz im Rathaushof, Kulturbeutel, SchUM Kulturtage) eingestellt werden. Ob auch die Kult(o)urnacht aufgenommen werden kann muss noch gesondert geprüft werden, weil hier kein Ticket, sondern ein Armband benötigt wird.

10. Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Speyer am 07.11.2023

10. Sitzung des Kulturausschusses 07.11.2023 **Monika Kabs**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!